



Ressort: Politik

VERDI schürt das Feuer

Berlin, 05.02.2026 [ENA]

Die VERDI schürt das Feuer mit unhaltbaren Forderungen an den ÖPNV bundesweit. Nach nur zwei Verhandlungsrunden, an denen man sich gerade an den Tisch gesetzt hat und Hallo gesagt hat, ruft die VERDI bereits zu ersten bundesweiten Warnstreiks auf. Sie wirft der Arbeitgeberseite vor, nicht annähernd auf ihre Forderungen einzugehen. Dabei sind diese nicht realistisch und nicht umsetzbar.

Dabei ist dieser Streik ein Zeichen dafür, dass die VERDI keinerlei Argumente mehr hat sich vernünftig mit der Arbeitgeberseite auseinander zu setzen. Das Forderungspaket der VERDI umfasst siebzehn Punkte, wobei die letzten Forderungen aus der letzten Einigung erst dieses Jahr umgesetzt werden. Die Erfüllung der Forderungen aus der letzten Tarifeinigung hat die BVG rund 140 Millionen Euro gekostet, die ja irgendwo her kommen müssen. Zu den neuen Forderungen der VERDI gehören unter anderem der Rückgang auf eine 35 Stunden Woche, dazu mehr Urlaub, höheres Urlaubsgeld, kürzere Schichten, höhere Ruhezeiten. All das würde ein Stellenplus von 1330 neuen Mitarbeitern ausmachen und ein Gesamtvolumen von rund 150 Millionen Euro.

Dass dies nicht stemmbar ist mal eben fast 300 Millionen Euro in drei Jahren aufbringen, sollte selbst der VERDI klar sein. Aber die Verantwortlichen sind anscheinend nicht mehr in der Lage, die Situation richtig einschätzen zu können, sonst hätte man gerade bei diesen Witterungsverhältnissen nicht den Warnstreik ausgerufen. Viele Menschen lassen das Auto stehen wegen Glatteis und fahren mit den Bussen und Bahnen. Heute nicht, da diese im Depot bleiben. Viele Menschen bangen wieder um ihre Arbeitsplätze, mit denen die VERDI spielt. Es ist einfach nicht zu glauben wie leichtfertig die VERDI mit dem Druckmittel Streik umgeht, weil sie nicht in der Lage ist, mit dem Arbeitgeber auf vernünftige Weise zu kommunizieren.

Da fragt man sich, ob nach der dritten gescheiterten Verhandlungsrunde der Aufruf zur Urabstimmung zum unbefristeten Streik kommt. Es stellt sich auch die Frage, ob die VERDI sich darüber im Klaren ist, was sie eigentlich damit anrichtet für ihre Mitglieder. Selbst wenn der Streit gewonnen wird, werden Stellen die wegfallen durch Rente oder Kündigung der Mitarbeiter nicht neu besetzt. Da wird doch lieber ein externer Dienstleister geholt, dessen Mitarbeiter nicht in der Gewerkschaft sind und die man aus diesem Grund auch nicht streiken lassen kann. Das wiederum kostet Arbeitsplätze die der Staat dann teuer bezahlen muss, und damit die Allgemeinheit.

Die VERDI sollte zudem auch mal an die wirtschaftlichen Folgen denken, die sie mit einem Streik zu

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



..... International Press Service.....

einem solch frühen Zeitpunkt auslöst. Aber dass ist nicht die Stärke der Verantwortlichen bei der VERDI, da diese nur Ihre Forderungen sehen und diese mit aller Gewalt durchpeitschen wollen koste es was es wolle. Dass dabei aber der Bürger irgendwann nicht mehr Willens oder auch nicht mehr in der Lage ist, die höheren Ticketpreise zu bezahlen ist der VERDI wohl nicht bewusst. Und bei allem Streik, die Öffentlichen gerade hier in Berlin sollten mal pünktlich kommen und mit allen Bussen die auf dem Fahrplan stehen. Der Unmut der Fahrgäste die teuer für Ihre Tickets bezahlen, wird immer größer.

Irgendwann werden diese Gelder ausbleiben dass heißt im Umkehrschluss keine Arbeit mehr was dann zu Entlassungen führen wird. Aber so weit können oder wollen die Verantwortlichen bei der VERDI nicht denken. Sie haben keine Argumente um ein ordentliches Gespräch zu führen, wollen ihre völlig überzogenen Forderungen durchpeitschen und tanzen dieses auf der Allgemeinheit aus, die sich dass nicht mehr lange gefallen lässt. Dabei sind andere Dinge viel wichtiger als erneute Verhandlungen bestehender Tarifverträge. Was unternimmt die VERDI denn zum Beispiel für die Tarifverhandlungen der Quereinsteiger bei der Post im Kundenservice?

Genauer gesagt bei der DPCSC, da ruhen seit Jahren die Tarifverhandlungen weil die VERDI nicht Willens ist, mit dem Arbeitgeber an einen Tisch zurück zu kehren. Da wird lieber wieder beim ÖPNV gestreikt. Da hat man es ja einfacher, da man da ja ein Streikrecht hat und Tarifverträge bestehen.

VERDI ihr solltet euch schämen, mit unterschiedlichen Mitteln eure Mitglieder zu behandeln und den Streik nach so kurzer Zeit als Druckmittel einzusetzen wenn euch die Argumente für ei realistisch geführtes Gespräch fehlen. Denn so sieht es derzeit aus dass ihr nicht in der Lage seid, euch an den Tisch zu setzen und von euren utopischen Forderungen abzuweichen, welche völlig überzogen und unrealistisch sind.

Was soll das Monatsticket denn kosten? Etwa 100Euro? Die wird keiner mehr bezahlen und ihr eure Mitglieder verlieren. Dazu schadet ihr der deutschen Wirtschaft ungemein und auch dem Ansehen Deutschlands. Aber dass scheint ja für euch keine Rolle zu spielen. Naja die dritte Verhandlungsrunde wird wohl auch ergebnislos vorbei gehen und VERDI dann wohl zur Urabstimmung aufrufen weil ihnen die Argumente fehlen und der Warnstreik ja nichts gebracht hat außer sich die Wut der meisten Betroffenen auf sich zu ziehen.

Bericht online lesen: https://www.en-a.ch/politik/verdi_schuert_das_feuer-92987/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Oiver Berling

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.